© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland Heft 95 Sigel WAB 95 | Burgenland 1921 Anfänge, Übergänge, Aufbau „Schlaininger Gespräche 1991" | Eisenstadt 1996 Österreich

PETER HASLINGER

Das Burgenland - ein Faktor in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1921-1938?[1]

Das Wissen um die politischen Realitäten im Europa zwischen den beiden Weltkriegen läßt die im Titel dieses Beitrages gestellte Frage nach der außenpolitischen Relevanz des Burgenlandes vorerst als eine rein rhetorische erscheinen. Mußten ja Österreich und Ungarn, Kriegsverlierer und mit beträchtlichen wirtschaftlichen Umstellungsschwierigkeiten kämpfend, gleichsam unter dem Druck der politischen Realitäten rasch zu einem Auskommen gelangen und den Weg der Konfliktvermeidung und Konfliktausgrenzung einschlagen.

Schwierigkeiten bei der Einordnung in das neue, von Frankreich und seinen Bündnispartnern dominierte Ostmitteleuropa ergaben sich in erster Linie fur Ungarn, dem, von der kleinen Entente nahezu eingekreist, einzig Österreich als geographischer Ausfallsweg und Bindeglied zum Westen verblieb. So bildete das Verhindern eines Abdriftens Österreichs in das Lager der Revisionsgegner eine der Hauptstoßrichtungen der ungarischen Außenpolitik bis 1938. Doch auch auf österreichischer Seite stellte sich - wesentlich von wirtschaftlichen und innenpolitischen Überlegungen beeinflußt - bereits im Vorfeld der Volksabstimmung in Sopron/Ödenburg[2] die Bereitschaft zu einer weitgehenden Annäherung an Ungarn ein. So reflektierte bereits im November 1921 das österreichische Außenministerium über die Burgenlandfrage: „Die westungarische Frage scheint nun endlich ihrer definitiven Lösung entgegen zu gehen und damit wird, wie

---

1 Seit den „Schlaininger Gesprächen" sind aus der Feder des Autors dieses Beitrages noch folgende für das Thema relevante Monographien und Artikel erschienen: Peter *Haslinger*, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922-1932, Frankfurt a. M. 1994; *Ders.*, Hundert Jahre Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1895-1994, Frankfurt a. M. 1995; *Ders.*, Die Ungarnrezeption in der burgenländischen Presse 1921-1934. Bemerkungen zur Entwicklung und Begrenzung einer „burgenländischen Identität" In: Burgenländische Heimatblätter 54 (1992) 153-169; *Ders.* Ungarn und seine Nachbarn 1918-1938 in den Karikaturen der satirischen Zeitschrift „Borsszem Jankó" In: Ungarn Jahrbuch 21 (1993/94) 63-87, München 1995.

2 Im weiteren werden die burgenländischen bzw. westungarischen Ortsnamen in der Originalsprache des Zitates angegeben (bei Erstnennung scheinen die deutschen oder ungarischen Namensformen zusätzlich in Klammern auf).

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

immer das Ödenburger Plebiszit ausfallen mag, das Terrain für eine Revision der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Schicksalsverwandten und trotz allem aufeinander angewiesenen Staaten frei".[3]

So war es für beide Seiten von Nutzen, daß sich Österreich im Dezember 1921 im Zusammenhang mit den schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten beim Verlauf der Volksabstimmung in Sopron und Umgebung mit einem einfachen Protest begnügte. Die Regierung Schober regte im ungarischen Außenamt gar die Abgabe einer Erklärung an,[4] die von österreichischer Seite noch einige Tage vor der Durchführung der Volksabstimmung beantragte, jedoch von Ungarn nicht durchgefühte Verschiebung auf den 18. Dezember gründe sich auf ein Mißverständnis, das die ungarische Regierung sehr bedauere. Und weiter hieß es: „Die königliche ungarische Regierung würde es mit Freude begrüßen, wenn die österreichische Regierung sich veranlaßt sehen würde, die Ödenburger Angelegenheit aufgrund der erfolgten Abstimmungsergebnisse auch ihrerseits einem endgültigen Abschlusse zuzuführen und dadurch die Möglichkelt einer ehebaldigsten Aufnahme [ ] eines aufrichtigen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn [...] zu eröffnen".[5]

Das Bemühen um ein bewußtes Ausblenden der Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit des Burgenlandes beziehungsweise Soprons/Ödenburgs aus dem bilateralen Verhältnis entsprach jedoch vor allem seit 1927, als sich Ungarn, gestützt auf Italien, einer aktiveren Außenpolitik zuwandte, politischer Opportunität. Den ersten zentralen Angelpunkt dieser Außenpolitik bildete nämlich Österreich. Bethlen knüpfte, von Mussolini mit der Vermittlerrolle betraut, zur österreichischen Heimwehr, aber auch zu hochrangigen Regierungsmitgliedern (Schober, Seipel, Vaugoin) geheime Verbindungen. Ziel dieser Kontakte war es, die österreichische innenpolitische Pattsituation durch einen Putsch zugunsten der Rechten aufzulösen (und auf diese Weise auch den sicheren Transfer italienischer Waffen durch Österreich in das faktisch entwaffnete Ungarn zu gewährleisten).[6] Dennoch kam es aber gerade in den Jahren 1927 und 1928 zu einer von beiden Regierungen ungewollten Eskalation in der Burgenlandfrage. Im Folgenden soll nun, ausgehend von grundsätzlichen Überlegungen zu jenem Begriff, der die außenpolitische Rhetorik der ungarischen Regierungen und der Gesellschaft weitgehend dominierte, zum Begriff der „Revision", der mögliche Stellenwert des Burgenlandes in der ungarischen Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen umrissen werden.

Nach dem Zusammenbruch des linksextremen Rätesystems im August 1919 und dem Abflauen der nachfolgenden rechtsgerichteten Terroraktionen erfolgte eine erstaunlich rasche Konsolidierung der innenpolitischen Verhältnisse in Ungarn unter dem Langzeit-Ministerpräsidenten Graf Istvan Bethlen. Die Forderung nach Revision der Nach-

3 NPA Karton 788/6656, 21. 11. 1921, Zl. 186/pol.
4 MOL-K 63-1921-20-c-l-5834, Wien 12. 1921 (Datum unleserlich).
5 MOL-K 63-1921-20-c-l-5834, Wien 19. 12. 1921
6 Siehe dazu: Lajos *Kerekes*, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien/Frankfurt a. M./Zürich 1966.

kriegsgrenzen zugunsten Ungarns stellte jedoch nicht nur eine bloße außenpolitische Absichtserklärung Bethlens dar, sie bot auch nach innen hin durch eine entsprechende Instrumentalisierung eine willkommene Gelegenheit für eine weitere Zementierung der eigenen Position.

So schrieb die westungarische lokale Tageszeitung „Sopronvármegye" bezeichenderweise: „Nicht nur die brutale Ungerechtigkeit, die der Vertrag [von Trianon, d. Verf.] an uns beging, sondern auch die wirtschaftliche Lage des Landes und das bittere Schicksal der Ungarn in den abgetrennten Gebieten schreit nach Revision. Die Frage der Revision ist Ungarn gleichsam nach Naturgesetzen vorgegeben. [ ]. In dieser Frage gibt es keine Meinungsverschiedenheit [ ]. Wenn man das Land abstimmen ließe, die Millionen Bevölkerung würden wie ein Mann, ohne Ausnahme, für die Revision stimmen. [ ]. Die Revision ist die allgemeine große Lebensfrage der Nation, die weder durch Parteiinteressen noch durch politische Ziele in Stücke gebrochen werden kann".[7]

Gegenüber den Gebietsverlusten der Slowakei oder gar Siebenbürgens beschäftigte die Abtretung des vergleichsweise unbedeutenden Burgenlandes (mit nur einer geringen Zahl von Magyaren) die gesamtungarische Öffentlichkeit nur wenig. So berichtete etwa der österreichische Legationsrat Knobloch bereits 1922, die ungarische Öffentlichkeit sei sichtlich bestrebt, den mit Österreich entstandenen Konflikt zu vergessen. Von verschiedener Seite werde zwar versucht, die Erinnerung an den Verlust Westungarns durch Gedenkfeiern und dergleichen immer wieder aufzufrischen, doch zeige dies keine nachhaltige Wirkung. Die durch die westungarische Frage hervorgerufene Verbitterung gegen Österreich sei nicht so tief eingewurzelt und so allgemein verbreitet, wie es die Sprache einzelner publizistischer Organe oder mancher offizieller Persönlichkeiten vermuten ließe, und in den breiten Schichten der Bevölkerung empfinde man die durch das Venediger Abkommen erfolgte Bereinigung dieser Angelegenheit als eine Erlösung, ohne sich viel über die Vor- und Nachteile dieser Lösung den Kopf zu zerbrechen.[8]

Die Instrumentalisierung des Revisionsgedankens zur Neutralisierung vor allem der Linken, aber auch ultrarechter Kräfte schien es den ungarischen Politikern indes geraten zu sein, die ungarische Öffentlichkeit über den Umfang der angestrebten Revision (ob nur die überwiegend magyarisch besiedelten, an das neue „Rumpfungarn" grenzenden Gebiete oder aber die darüberhinausgehende Wiederherstellung der Grenzen von 1914) im Unklaren zu lassen und sowohl in öffentlichen wie auch in vertraulichen bilateralen Erklärungen jeglichen Eindruck eines endgültigen Verzichtes auf verlorene Gebiete (so auch auf das Burgenland) zu vermeiden.

Diese unausgesprochene Unklarheit ließ jedoch genügend Spielraum für Eigeninterpretationen und dementsprechende Eigenmächtigkeiten. Vor allem auf lokaler Ebene im

---

7 Sopronvármegye 28. 10. 1928

8 NPA Karton 788/1688 2. 5. 1922, Zl. 115/pol.

Grenzgebiet zum Bugenland. Das landesweite Desinteresse[9] hinderte hier weite Teile der Bevölkerung nicht am allgemeinen Festhalten an revisionistischen Wunschvorstellungen auch gegenüber Österreich. So hieß es etwa in einem Bericht der Heeresverwaltungsstelle in Eisenstadt (Nagymarton) vom Juni 1929: „In den ungarischen Grenzorten werden derzeit Postkarten vertrieben, die die Aufschrift „Königreich Ungarn gegenwärtig und in Zukunft" tragen. Auf dieser Karte ist unter anderem auch das Burgenland zur Gänze in das zukünftige Ungarn aufgenommen. In einzelnen Grenzgemeinden Ungarns ist fast auf jedem Haus ein Blechtäfelchen - das seinerzeitige Großungarn darstellend, die abgetrennten Teile mit einer Dornenkrone gekrönt und mit der Aufschrift „Nem, nem soha!"[10] angebracht. Diese Täfelchen werden von den Gemeindevorstehern um ein Pengö das Stück verkauft." [11]

Vor allem jedoch die Tätigkeit der „Levente", einer paramilitärischen Jugendorganisation, bereitete im Burgenland fortdauerndes Kopfzerbrechen und führte vielfach zu parlamentarischen Anfragen im Wiener Narionalrat.[12] „Wie weit in Ungarn die Militarisierung der Zivilbevölkerung betrieben wird," bemerkt hierzu ein Bericht der Militärverwaltungsstelle Eisenstadt aus dem Jahr 1929, „geht daraus hervor, daß die freiwilligen Feuerwehrvereine militärisch ausgebildet werden sowie Marsch- und Geländeübungen und sehr rege Schießübungen abhalten müssen." Nach einer Aufzählung verschiedener im Aufbau befindlicher Formationen (wie etwa Frontkämpfervereinigungen, Bürgerschützenvereine oder auch Pfadfinder) faßte der Bericht dann zusammen: „All diese Vereine werden in militärischen Dingen und speziell im Schießen ausgebildet. Erst in letzterer Zeit wurden in den meisten Gemeinden Schießstätten errichtet, welche von allen diesen Vereinen benutzt werden müssen. [...]. Die Instruktoren der Bürgerschützenvereine sind von allen staatlichen Abgaben enthoben.[13]

Aufgrund der Tätigkeit der „Levente" oder der Pfadfinder im schulischen Umfeld erscheint aus heutiger Perspektive die Aussage eines burgenländischen Situationsberichtes als kaum übertrieben, daß „jedes Schulkind [...] bereits über die Auswirkung des Trianoner Friedens orientiert [ist], [...] von der einstigen Größe Ungarns zu berichten [weiß] und den Boden jenseits der heutigen Grenze nur mit dem Empfinden [betritt], auf alter,

---

9 Bezeichnend erscheint hierzu auch die Tatsache, daß über die magyarische Minderheit im Burgenland - nicht zuletzt aufgrund ihrer vergleichsweise akzeptablen Behandlung - erst 1932 ein (ursprünglich übrigens im rumänischen Lugos erschienenes) umfassendes Werk publiziert wurde (*Nagy* Iván, Nyugatmagyarország Ausztriában [Westungarn innerhalb Österreichs], Budapest 1932), während zum Schicksal vor allem der Siebenbürger und slowakischen Magyaren eine wahre Publikationsflut über die ungarische Öffentlichkeit hereinbrach.

10 Die Losung „nem, nem, soha!" („Nie, nie, niemals!") stand synonym für die kompromißlose Ablehnung des Friedenvertrages von Trianon.

11 Bericht der Herresverwaltungsstelle in Eisenstadt an das B.M.f.H.W. vom 23. 6. 1929, zitiert nach NPA Karton 799/28.716-13/30, Eisenstadt 4. 8. 1930.

12 So z. B. am 9. 2. 1926 (Rede Karl Renners).

13 Bericht der burgenländischen Gendarmeriekommandos an die Gendarmeriezentraldirektion, zitiert nach NPA Karton 799/192.303-30, Eisenstadt 2. 9. 1930

aber geraubter Heimaterde zu stehen".[14] Natürlich darf hier nicht übersehen werden, daß dieses zähe (und im westungarischen Grenzraum von offizieller Seite ja nie widersprochene) Festhalten an „irredentistischen" Postulaten in der wirtschaftlichen Not der nun in eine neue Randlage geratenen westungarischen Städte wesentliche Nahrung fand. Die Tageszeitung „Az Ujság" beschrieb etwa die Situation in Köszeg [Güns] im Jahr 1925 mit folgenden Worten: „Die Stadt Köszeg erlebt die Stunden ihres Todes. Ein zehnminütiger Spaziergang trennt die Stadt von der Grenze. Der Verkehr ist zum Stillstand gekommen, die Straßen sind verödet, die Geschäfte menschenleer. Jeder kauft im Burgenland, weil dort alles um die Hälfte billiger ist".[15]

Doch vor allem das (von der burgenländische Presse spöttisch oder wehmütig so genannte) „sterbende Ödenburg" erlebte den völligen Niedergang. Ein Großteil der etablierten Industriebetriebe mußten ihre Erzeugung ganz oder zum großen Teil einstellen und fast sämtliche Wein- und Fruchthändler ihre Geschäfte schließen. Vor allem jedoch der traditionell wichtige Viehmarkt lag völlig darnieder.[16] Initiativen des Stadtrates 1926 zur Beseitigung des Visumzwanges mit Österreich[17] oder für die Ausrufung Soprons zum Zollausschlußgebiet versandeten oder zogen nur Kritik von Seiten der Regierung nach sich.[18]

So blieb auch nach mehrmaligen, meist völlig vergeblichen Vorsprachen bei Ministerpräsident Bethlen als einziger Hoffnungsschimmer die Propagierung „irredentistischer" Optionen. Vor allem die Soproner Lokalorgane brachten seit 1926 immer wieder Artikel, in denen der Rückschluß des Burgenlandes als einziger Ausweg zur Gesundung von den tristen Lebensverhältnissen postuliert wurde.

Der österreichischen Seite, vor allem jedoch stets argwöhnenden burgenländischen Beobachtern bot sich daher jenseits der Grenze ein durchaus zwiespältiges politisches Verhaltensbild: trotz mehrmaligen (aber stets inoffiziellen) Andeutungen seitens der ungarischen Regierung, man betrachte die Burgenlandfrage als erledigt, kam es die ganze Zwischenkriegszeit hindurch an symbolträchtigen Jahrestagen (oft unter aktiver Beteiligung von offiziellen Persönlichkeiten wie Bürgermeistern oder Obergespanen), aber auch an kirchlichen Feiertagen oder recht profanen Anlässen wie der Einweihung von Schießstätten, immer wieder zu österreichfeindlichen Aktionen, die man von hochoffizieller Seite her stillschweigend gewähren ließ.[19]

---

14 NPA Karton 799/28.453-13/1930, Wien 16. 7. 1930.

15 Az Ujság (o. D.), zitiert nach: NPA Karton 797/11.605-13/1925, Budapest 6. 2. 1925.

16 Wechselten 1913 noch rund 37.000 Rinder den Besitzer, waren es 1927 nur mehr 9.000 und 1929 gar nur mehr 6.000 (Der Freie Burgenländer 19. 1. 1930).

17 Sopronvármegye 25. 12. 1926 und 30. 12. 1926.

18 NPA Karton 797/11.605-13/1925, Budapest 6. 2. 1925 und NPAKarton 797/11.358-13/1926, Budapest 9. 3. 1926.

19 Solche Jahrestage waren immer wieder der 15. März (Jahrestag der Revolution 1848), der 4. Juni (der zum nationalen Trauertag erklärte Jahrestag des Abschlusses

©Akademie d. Wissenschaften Wien; download unter www.biologiezentrum.at

Verunglimpfungen Österreichs zehrten vor allem vom weithin verbreiteten Bild des westlichen Nachbarn als Verräter am ehemaligen Kriegskameraden Ungarn. Als Beispiel seien hier Passagen aus der Eröffnungsrede zu den Festivitäten anläßlich des 4. Juni, des nationalen Trauertages, im Jahre 1930 in Szombathely (Steinamanger) zitiert: „Wir haben Oberungarn mit 2 Millionen Ungarn verloren [sic!], im Osten Siebenbürgen und im Süden sind die Serben. Und als wir schon alles verloren hatten, als sich die verstümmelte und ausgeplünderte ungarische Nation im Blute wälzte, da kam der Leichenräuber, der gute Freund, und zog uns den letzten Rock aus: Westungarn!".[20]

Diese Aktionen fanden natürlich nicht nur eine Entsprechung in einem fortgesetzten Kleinkrieg zwischen westungarischen und burgenländischen Behörden (etwa bezüglich der Verwendung der deutschen oder magayrischen Ortsnamenvarianten im amtlichen Schriftverkehr). Im Burgenland kursierten auch immer wieder Flugschriften oder anonyme Briefe, wobei teilweise umfangreichen Adressenkarteien Verwendung fanden.[21]

Diese an sich belanglosen Provokationen führten jedoch zu einer zunehmenden Verunsicherung der in wirtschaftlicher Hinsicht von der neuen österreichischen Verwaltung weitgehend enttäuschten burgenländischen Bevölkerung.[22] Aufgegriffen und genährt wurde diese nicht nur latent vorhandene Mißstimmung durch die sogenannten „Magyaronen" (Gutsbesitzer und deren Verwalter, aus dem ungarischen Staatsdienst übernommene Beamte und Lehrer, sowie - in besonderem Maße - Geistliche), die sich nicht nur immer wieder mit zünftigen Aktionen hervortaten,[23] sondern auch (und oft in Absprache mit Persönlichkeiten in Westungarn) die ganze Zwischenkriegszeit hindurch für die Verbreitung teils abstruser Gerüchte über einen Rückfall des Burgenlandes an Ungarn sorgten.

So stellte etwa eine Denkschrift über die „nationale Gefährdung gewisser burgenländischer Bezirke" noch im Jahr 1930 fest: „Im ungarischen Grenzgebiete ist die Rück-

---

20 NPA Karton 799/28.453-13/1930, Wien 16. 7. 1930.

21 MOL-K 428-1928, Meldung vom 11. 6. 1928.

22 Diese Enttäuschung ergab sich nicht nur aus den aufgrund der neugezogenen Grenze auch auf österreichischer Seite verschärft auftretenden wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Orientierungsschwierigkeiten. Desinteresse und Unwilligkeit österreichischer Banken verbitterten die an Kapitalmangel leidende burgenländische Bevölkerung. So berichtete 1927 der Bezirkshauptmann von Oberpullendorf [Felsöpúlya]: „Wiederholt haben sich bei der Abwicklung des Grundbuchverkehres Parteien beklagt, daß sie bei ihren Werbungen um Darlehen von einer österreichischen Creditanstalt, insbesondere von Wiener Creditinstituten in der wohl als brüsk zu bezeichnenden, sehr befremdenden Art abgewisen werden, man habe für das Burgenland kein Geld, gewähre für das Burgenland keinen Kredit. Andererseits mehren sich insbesondere in letzter Zeit ganz besonderlich die Fälle, daß ungarische, Ödenburger, Günser und Pester Kreditstellen als Geldgeber auftreten. Was soll die Beamtenschaft, die hier aufopfernd Dienst macht, dabei denken!" (Zitiert nach: NPA 799/20.919-13/1927, 22. 1. 1927).

23 So etwa anläßlich eines Frontkämpferballes in einem Gasthaus in Nikitsch [ung. Ortsname] im Jänner 1927, wo eine Gruppe dieser Vereinigung unter Leitung ihres Führers, des Altbürgermeisters, neben verschiedenen ungarischen Liedern auch die ungarische Hymne zum Besten gab, jedoch nicht ohne vorher die anwesenden Gäste aufzufordern, sich von den Sitzen zu erheben und die Hüte abzunehmen. (NPA 799 Z. 20.604-13/1927, 9. 2. 1927).

gliederung Burgenlands Tagesgespräch. In den Gastwirtschaften aller Art und in Privatgesprächen wird der burgenländische Besucher in diesem Sinne orientiert und solcher Art selbst zum Naschrichtenübermittler präpariert. [...] Um Gelegenheit zu finden, direkt zur burgenländischen Bevölkerung zu sprechen, werden unter harmlosen Deckmänteln unmittelbar an der Grenze Veranstaltungen konstruiert, zu welchen die Burgenländer eingeladen werden. Burgenländer, die teils offiziell, teils inoffiziell teilnehmen, werden solcher Art Träger irredentistischer Ideen; dies umsomehr, als auf der Gegenseite diese Gerüchte unwidersprochen bleiben und nicht jene Beachtung finden, die ihnen zukommt.[24]

Aufgrund der hier geschilderten Befürchtungen läge es auf der Hand, der Versuchung zu unterliegen, die direkte Wirkung der Gerüchte und irredentistischen Aktionen auf die burgenländische Bevölkerung zu überschätzen. Von ungarischer Seite her dürften derartige Aktionen über das Stadium der Lippenbekenntnisse und des reinen Muskelspieles nicht hinausgekommen sein (eine planmäßige, weiträumigere Koordinierung war bei diesen Aktivitäten bislang kaum zu erkennen), und im wesentliehen zeigte sich nur in einzelnen Gemeinden entlang der Grenze eine gewisse zustimmende Resonanz.[25] Sonst überwogen Angstreaktionen.

Ein weiterer Situationsbericht vom Februar 1927 faßte die Stimmung in der burgenländischen Bevölkerung unmittelbar entlang der Grenze folgendermaßen zusammen: „Die Bevölkerung ist dort [...] über die politische Zukunft des Burgenlandes auf das äußerste beunruhigt, fallweise kommt es zu feindseligen Handlungen gegen Österreich. Die Ursache dieser Lage ist in erster Linie auf die Wühlarbeit in Ungarn gegen Österreich zurückzuführen. [...] Es mehren sich die Klagen der Gewerbetreibenden über schlechten Geschäftsgang, über den Mangel an Verdienstmöglichkeiten und in der ganzen Bevölkerung Klagen über die Geldnot [...] mit dem Grundgedanken, daß die österreichische Verwaltung unfähig sei, Mißstände abzustellen [...]. Doch nicht nur die fortschreitende Verarmung, sondern auch das angespannte innenpolitische Klima trügen zur Verunsicherung bei: „Die ungünstige Stimmung der Bevölkerung kommt auch aus den Vorfällen bei Wahl- und Parteiversammlungen, wo Hetz- und Schimpfreden auf die feindliche Parteien ja an der Tagesordnung sind. Da der Parteizwist in der Regel zu persönlichen Feindschaften unter der Bevölkerung führt, wird der Frieden in der Gemeinde gestört, und es ist eine psychologisch durchaus verständliche Folge, wenn die Be-

---

24 Bericht der Heeresverwaltungsstelle in Eisenstadt an das B.M.f.H.W. vom 23. 6. 1929, zitiert nach NPA Karton 799/28.716-13/1930, Eisenstadt 4. 8. 1930.

25 Wie z. B. in Rechnitz (Rohoncz), wo der Kaplan zur Gründung eines kroatischen-katholischen Burschen- und Mädchenverein Ende 1926 insgeheim Zustimmungserklärungen sammelte (dieser Verein sollte später angeblich mit ungarischen Leventeinformationen fusioniert werden). Ein Bericht der burgenländischen Landesregierung bemerkte in diesem Zusammenhang: „Auffallend ist es, daß sich die Rechnitzer Bevölkerung in der letzten Zeit gegen österreichische Beamte sehr zurückhaltend und unfreundlich verhält, zum Großteile mit Vorliebe sich der ungarischen Sprache bedient, die Pengö währung mit Begeisterung begrüßt und dieselbe der österreichischen Währung vorziehe“ Zitiert nach NPA 799/20.604-13/1927, 9. 2. 1927.

völkerung schließlich eine dauernde Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen zeigt" Der Bericht zog schließlich ein Resümee: nicht nur in den Kreisen der einheimischen Bevölkerung, sondern auch in den Kreisen der von Altösterreich gekommenen Beamten habe sich die Überzeugung verbreitet, daß, wenn von Ungarn ein rechtswidriger Angriff auf das Burgenland unternommen würde, diesem von der österreichischen Regierung kein Widerstand entgegengesetzt würde. Es wäre daher notwendig, diesen Gerüchten durch eine Regierungserklärung entgegenzutreten, „umsomehr, als vorstehende Befürchtungen jeder Überlegung entbehrt".[26]

Am 30. Jänner 1927 waren im burgenländischen Schattendorf (Somfalva) die hochgeschaukelten innenpolitischen Gegnerschaften Österreichs eskaliert. Die Sozialdemokraten mutmaßten nicht nur Kontakte der österreichischen Frontkämpferverbände, denen die Täter angehörten, zu rechtsgerichteten paramilitärischen Einheiten jenseits der Grenze,[27] es verdichtete sich auch das grundsätzliche Mißtrauen der Sozialdemokraten gegenüber den regierenden Christlichsozialen.[28]

Die demokratische „Burgenländische Freiheit" etwa meinte im März 1927: „Die christlichsoziale Partei Altösterreichs liebäugelt mit dem Magyarentum, weil sie von dorther die Verwirklichung ihrer monarchistischen und kirchenpolitischen Lieblingspläne erhofft. [...] Die klerikale Bande weiß eben zu gut, daß jenes magyaronische Gelichter zu „ihren Leuten" zählt. Darum hat sich die christlichsoziale Partei des Burgenlandes bei jeder Gelegenheit für ihre hochverräterrischen magyaronischen Freunde eingesetzt, darum auch hat die christlichsoziale Partei Österreichs unermüdlich jede magyarische Irredenta im Burgenlande abgeleugnet".[29]

Jedoch überlagerten natürlich auch auf sozialdemokratischer Seite her taktische Erwägungen den Umgang mit der Burgenlandfrage und trugen so zur Eskalation bei. So beklagte sich der ungarische Botschafter Seipel gegenüber einmal zurecht, daß „die Behandlung des zwischen uns bestehenden Verhältnisses [des österreichisch-ungarischen auf Regierungsebene, d. Verf.] das Verhalten der österreichischen sozialdemokra-

---

26 NPA 799/20.604-13.1927, 9.2. 1927. Bericht des Bezirkhauptmanns von Oberpullendorf.

27 Diese Verbindungslinien bildeten auch im darauffolgenden Prozeß den Gegenstand von Befragungen, blieben jedoch weiterhin im Dunkeln.

28 Die Meinung, das Burgenland stelle einen unerwünschten bzw. nur vorübergehenden Gebietsgewinn für Österreich dar, schien in Wien verbreitet zu sein. Auch Kanzler Seipel dürfte solchen Überlegungen nicht ferngestanden sein. Dem ungarischen Botschafter gegenüber erlärte er einmal im Zusammenhang mit den Friedensschlüssen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges: „Wenn diesen Frieden nicht revolutionäre Regierungen geschlossen hätten, und wenn es Mitte 1919 in Ungarn bereits eine bürgerliche Regierung gegeben hätte, hätten sich die Regierungen Österreichs und Ungarns in Sachen Burgenland einigen können. Damit jedoch, daß Jahre vergingen, bis in Österreich eine bürgerliche Mehrheitspartei an die Macht kam, war auch unwiederbringlich jener Zeitpunkt verstrichen, an dem man über die Rückgabe des Burgenlandes verhandeln hätte können. Beide Länder müssen daher auch weiter die Last tragen, die durch die Gewinnung des Burgenlandes Österreich und durch den Verlust Westungarns Ungarn belastet" (Zitiert nach MOL-K 63-1928-20/7-27, Wien 2. 1. 1928).

29 Burgenländische Freiheit 4. 3. 1927.

tischen Partei erschwert, die dauernd bereit steht, aus den geringfügigsten Burgenländer Vorfällen Kapital gegen Ungarn und das freundliche Verhältnis zwischen beiden Staaten zu schmieden" Seipel stimmte dem damals zu und erwiderte, „daß das Burgenland die sozialdemokratische Partei viel weniger interessiere, als sich aus dem Stellenwert ergäbe, den die Partei der Burgenlandfrage einräumt. Ihnen ist das Burgenland nur dafür gut, daß es sie mit der Gelegenheit versorgt, die gegen das gegenwärtige Ungarn, „das sie Horthy-Ungarn nennen" verspürte Antipathie auszudrücken".[30]

In seltener Einigkeit verneinten zwar kurz nach den Schattendorfer Ereignissen sowohl Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser als auch Kanzler Ignaz Seipel - richtigerweise - die Existenz einer proungarischen Irredenta im Burgenland. Dennoch entschlossen sich nun vor allem die Sozlaldemokraten des Burgenlandes zu einem eigenen „außenpolitischen" Handeln. Im Burgenland selbst verstärkte sich zur gleichen Zeit das Vorgehen gegen aktenkundig gewordene proungarische Bekundungen und eine großdeutsche Grundlinie bei allen im burgenländischen Landtag vertretenen Parteien. Der Wille zum Anschluß an das deutsche Reich wurde nun bei jeder sich bietenden Gelegenheit ostentativ unterstrichen, und sowohl Politiker als auch Medien (in erster Linie der deutschnationale „Freie Burgenländer") beschworen nun gleichsam ihrerseits einen „burgenländischen Irredentismus" herauf: früher weitgehend von Wehmut bestimmte Wünsche und Hoffnungen vor allem über den Verlust beziehungsweise in Richtung einer „Rückkehr" Ödenburgs wichen nun Drohgebärden, die burgenländische Ostgrenze solle auch von österreichischer Seite her erneut zur Diskussion gestellt werden mit dem Ziel, alle angrenzenden, überwiegend deutschsprachigen Gemeinden der westungarischen Komitate an das Burgenland anzuschließen.[31]

„Der Freie Burgenländer" vom Juni 1926 gab sich hier noch vergleichsweise zurückhaltend: „Die Magyaren sind aber von ihrem Integritätswahn so besessen, daß sie gar nicht merken, daß heute ganz andere Gesichtspunkte für die Staatenbildung maßgebend sind, als es die Forderungen der Geographie sind. Die Zukunft gehört nur jenen Völkern, die sich auf das Nationalitätenprinzip und Selbstbestimmungsrecht eingerichtet haben. Jeder andere Grundsatz paßt nicht mehr in die moderne Entwicklung der Staatenbildung. Wenn die Magyaren Wert darauf legen - und das müssen sie wohl tun - ihre losgetrennten Stammesbrüder wieder in das Mutterland heimzuholen, werden sie umlernen müssen. [...] Wenn jenseits der Raab nicht anerkannt werden will, daß das deutsche Burgenland als erster babenbergischer und österreichischer Besitz, auf den die niederöster-

---

30 MOL-K 63-1928-20/7-27, Wien 2. 1. 1928. Überdies wurde die Tätigkeit kommunistischer Propagandisten vom Burgenland aus von sozialdemokratischen Beamten oft nicht nur stillschweigend geduldet, sondern sie wurden von offizieller Seite sogar mit Grenzübertrittscheinen ausgestattet (wie etwa durch Leser im Falle des zurückkehrenden Lajos Hatvanys). (Bericht des ungarischen Außenministeriums an die Botschaft in Rom, MOL-K 64-1928-20-148, 20. 2. 1928. Zitiert nach: Kársai 146-148).

31 Auch von burgenländischer Seite kam es nun - ob privat oder mit offizieller Duldung - zu einer Häufung „irredentistischer" Aktionen vor allem in Konzentration um Sopron/Ödenburg (etwa wurden aus fahrenden Korridorzügen entsprechende Flugblätter und Postkarten geworfen).

reichischen Stände nie verzichtet haben, endgültig österreichisch geworden ist [...], dann dürfen die Phantasten von Grenzverschiebern nicht ungehalten darüber sein, wenn wir sie gelegentlich einmal an unsere jenseits der Grenze sitzenden Blutsbrüder erinnern, deren Schicksal uns niemals gleichgültig gewesen ist. [...] Lassen wir das sterbende Ödenburg unbeeinflußt abstimmen, und es wird sich zeigen, daß sich die österreichische Anziehungskraft eher gesteigert denn verringert hat".[32]

Für die Eskalation der Burgenlandfrage weitaus zentraler war jedoch eine Werbeoffensive der burgenländischen Verantwortlichen, um die ihrer Ansicht nach gefährdete Randlage des Burgenlandes der reichsdeutschen Öffentlichkeit mehr zu Bewußtsein zu bringen. Neben der Einladung an Gruppen reichsdeutscher Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Lehrer- sowie Studentenvereinen zu Burgenlandfahrten waren es vor allem die von Ludwig Leser auf verschiedenen Reisen durch Deutschland gehaltenen Reden und Interviews, die nicht nur Ungarn, sondern auch der deutschen und österreichischen Diplomatie steigendes Kopfzerbrechen bereiten sollten.

Dirigierend im Hintergrund standen bei diesen Aktionen nicht unbegründete Ängste vor einem Rückfall des Burgenlandes an Ungarn im Augenblick der Verwirklichung des Anschlusses. Der ungarischen Diplomatie war es nämlich bis zu einem gewissen Grad gelungen, diese Idee im Berliner Außenamt erfolgreich zu lancieren. In der ungarischen Presse wurde die Verknüpfung der beiden Fragen gar, wie der österreichische Gesandte berichtete, „nicht so sehr als Forderung aufgestellt denn als selbstverständliche Tatsache suggeriert [...], wobei die Einstellung beliebt ist, wie wenn Österreich im Friedensvertrage das Burgenland als Entschädigung für den Verzicht auf den Anschluß zugesprochen erhalten hätte".[33]

Den Auftakt nicht nur zu jenen „Good-Will-Touren" Lesers durch das Deutsche Reich, sondern auch zu der ungewollten Konfliktkette der Jahre 1927 und 1928 bildete eine Rede auf der Tagung des Deutschen Schutzbundes (1. - 7. 6. 1927) in Regensburg, wo Leser unter anderem erklärte: „Wo hatte die magyarische Irredenta mehr Aussicht auf Erfolg als auf der Linie des geringsten Widerstandes. Und das ist die Grenze des verstümmelten, schwachen, kleinen Österreichs, [...] das Land ist voll von Alarmnachrichten, daß beim Einzug der Habsburger nach Ungarn das Burgenland zurückfällt an die heilige Stephanskrone. Gewisse Tendenzen innerhalb der österreichischen Politik bestärken die Bevölkerung in dieser Auffassung. [...] Wir erheben Anspruch auf den energischen Schutz durch die gesamte deutsche Öffentlichkeit, der wir unzweideutig sagen wollen: nicht durch die Friedensverträge, sondern durch das Recht der Selbstbestimmung fühlen wir uns für ewige Zeiten aufgegangen im deutschen Volke [...]. Wir dürfen auch nicht vergessen der hundertfünfzigtausend Deutschen, die entlang der bur-

---

32 Der Freie Burgenländer 5. 6. 1927.

33 NPA Karton 797/14278, 3. 7. 1925, Zl. 54/pol.

©Österreichische Akademie der Wissenschaften Wien; download unter www.biologiezentrum.at

genländischen Grenze heute noch in Ungarn leben und nicht vergessen der Stadt Ödenburg, die uns durch eine schwindelhafte Volksabstimmung entrissen wurde".[34]

Obwohl vor allem die Schlußpassage dieser Rede in Ungarn begreiflicherweise beträchtliches Presseecho hervorzurufen wußte, bleibt es noch bei einer einfachen Protestnote des ungarischen Außenministeriums an die österreichische Regierung. Weitere Komplikationen ergaben sich jedoch bereits im November 1927. Nachdem Karl Renner im Parlament vehement eine eindeutige Stellungnahme der Regierung zu den ungarischen „irredentistischen Aktionen" einforderte, wurde Kanzler Seipel ein Opfer einer selbstverfaßten und mit seinem Ministerium nicht abgesprochenen Rede: „Wir haben im Laufe des vorigen Jahres die formale Versicherung der ungarischen Regierung erhalten, daß sie die Frage der Grenze zwischen Ungarn und Österreich als definitiv bereinigt ansieht., daß wir also, auch wenn sonst von der Integrität Ungarns die Rede ist., nicht an diesen Teil des ehemaligen Ungarn zu denken brauchen."[35]

Ein Sturm der Entrüstung war dem Kanzler nicht nur in der westungarischen Lokalpresse sicher. Die größeren Budapester Blätter, die im Zusammenhang mit der Rede Lesers erstmals auch der burgenländischen Seite des Revisionismusproblems breiteren Raum zugestanden hatten, brachten das Thema nun auf die Titelseiten. So schrieb etwa die nationalistisch-legitimistisch eingestellte Tageszeitung „Magyarság": „Dieser Verzicht der ungarischen Regierung entbehrt jeder Kompetenz und Rechtswirksamkeit. Wir erwarten das energische und bestimmte Dementi der Regierung, im entgegengesetzten Falle aber eine Bewegung und einen sofortigen Protest der ungarischen Gesellschaft, der ein für allemal die gewissenlose Aufgabe der tausendjährigen Rechte der Nation und die verhängnisvolle Kompromittierung unserer ganzen Integritätsbewegung ausschließt."[36]

So war die ungarische Regierung nach längerem Hinhalten schließlich Mitte Dezember gezwungen, im Parlament zur aufgeflammten Diskussion klärend Stellung zu nehmen. Außenminister Walko dementierte die Behauptung Seipels, führte sie (richtigerweise) auf eine Mißdeutung eines Gesprächs mit dem ungarischen Botschafter in Wien zurück, und erklärte in betont freundschaftlichem Ton: „Angesichts des gutfreundschaftlichen Verhältnisses mit Österreich habe die ungarische Regierung die Äußerung Dr. Seipels nicht ausdrücklich dementieren wollen, jetzt aber, wo diese Frage zur Sprache gebracht worden sei, wolle der Minister die Gelegenheit benutzen, um Klarheit in dieser Sache zu schaffen.[37]

Als im Juli 1928 in Wien mit großem Pomp das „Deutsche Sängerfest" begangen wurde, wurden am Rande der Feierlichkeiten eine Reihe deutscher Parlamentarier zu einem Kurzbesuch ins Burgenland eingeladen. Die Gruppe traf zuerst in Sauerbrunn

---

34 Zitiert nach: Der Freie Burgenländer 19. 6. 1927.

35 Zitiert nach: Der Freie Burgenländer 2. 12. 1927.

36 Magyarság 27. 11. 1927.

37 Zitiert nach: Der Freie Burgenländer 25. 12. 1927

[Savaryúkút] ein, wo sie der Bürgermelster (und zugleich Landtagspräsident} Hoffenreich mit folgenden Worten begrüßte „Das Land [das Burgenland, d. Verf.] will und darf nie wieder zurück in Fremdknechtschaft. Es wird sich aber erst dann ganz frei fühlen, wenn an seinen Grenzen die schwarzrotgoldenen Grenzpfähle verkünden werden: Hier beginnt die Freiheit, hier beginnt Deutschland!"

Ludwig Leser setzte im Anschluß daran beim Festbankett nach: „Wir wissen, daß hinter dem deutschen Burgenland nicht nur die sechs Millionen Österreicher, sondern auch die 60 Millionen des Deutschen Reiches stehen. Daraufhin erklärte der deutsche Reichstagspräsident Loebe, sichtlich gerührt: „Die Worte des Landeshauptmannstellvertreters Leser haben tief auf mich gewirkt. Ich muß zugeben, daß unter dem großen Unglück, das uns die Friedensverträge gebracht haben, der winzige Lichtpunkt, den - in diesem Zusammenhang betrachtet die Vereinigung des Burgenlandes mit Deutschösterreich bedeutet, bei uns im Reiche draußen vielfach übersehen wurde. Aber Sie haben ein Recht auf die Erwiderung Ihrer guten vaterländischen Gefühle von Seiten des ganzen deutschen Volkes. [...] Nicht nur Deutschösterreich sondern das ganze deutsche Volk steht hinter dem Burgenland".[38]

Die ungarische Öffentlichkeit reagierte naturgemäß (obwohl Loebe keinerlei außenpolitische Kompetenz besaß und die deutsche Regierung auf diplomatischem Wege ihr Bedauern über den Vorfall ausdrückte) mit Bestürzung. So schrieb etwa das „Budapesti Hírlap": „600.000 ungarische Soldaten haben den Heldentod erlitten und eine Million ungarische Kinder den Vater verloren, weil Ungarn bis zum letzten Aufgebot seiner Kraft Deutschland gegenüber seine Pflicht erfüllt hat. [...] Ist es der deutschen Treue würdig, daß sie mit nackter Grausamkeit die Gefahren einer Nation verletzte, die vier Jahre hindurch für die deutsche Weltherrschaft gekämpft hat. [...] Wir wollen an Deutschland nicht die Frage stellen: Auch du, mein Sohn Brutus? Wir setzen von Deutschland nicht voraus, daß es so beschränkt sei, um einiger Quadratkilometer willen seinen einzigen ehrlichen Waffengefährten gegen sich aufzuhetzen, jenen Waffengefährten, mit dem man auch in Zukunft zu rechnen hat. Was Loebe auch immer gesagt haben mag, seine Rede kann nur der Reflex der österreichischen Agitatoren sein. Das Deutschland Hindenburgs kann dieser Rede nicht applaudieren und wird ihr auch nicht applaudieren, denn die Nibelungentreue verpflichtet außer Ungarn noch einen Staat Deutschland.[39]

Graf Bethlen sah sich nun genötigt in einer Rede zu reagieren. Nur wenige Tage nach dem 7. Oktober 1928, jenem Tag, an dem im Rahmen der parallel stattfindenden Aufzüge des Schutzbundes und der Heimwehr ln Wiener Neustadt von allen Beobachtern mit ernsten Zusammenstößen als möglichen Auftakt für einen Bürgerkrieg gerechnet wurde, hielt Bethlen in Sopron bei der Einweihung des „Tors der Treue" am Jahres-

---

38 Zitiert nach: Der Freie Burgenländer 29 7.1928.

39 Budapesti Hírlap 28. 7. 1928, zitiert nach NPA Karton 788/2375.

tag der Unterzeichnung des Venediger Protokolls jene vielzitierte Rede, in der es unter anderem hieß: „Es soll der Stadt Sopron zum Trost gereichen, daß es eine ehrliche Sache ist, für die sie sich entschied. Und noch einen Trost soll sie haben, den, daß wir auf die Gebiete, die von uns abgetrennt worden sind, nicht freiwillig verzichtet haben.[...] Als wir in Venedig verhandelten, war niemals die Rede davon, daß wir auf Westungarn verzichten sollten. [...] Es kam zur Volksabstimmung, zur einzigen, die wir entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu erzwingen vermochten, und sie lieferte den Beweis dafür, daß die Voraussetzung, von der der Vertrag von Trianon ausgegangen war, grundfalsch ist, da ja hier ein solches fremdsprachiges Volk in Liebe und Treue bei Ungarn ausgeharrt hat. Und noch weniger haben wir auf Westungarn unseren ehemaligen Verbündeten gegenüber verzichtet. Ich bin überzeugt davon, daß eine Zeit kommen wird, in der die Sonne der Gerechtigkeit wieder in ihrem vollen Glanze erstrahlt, und ich halte es für ganz ausgesschlossen, daß sich unsere ehemaligen Verbündeten auf das Recht des Siegers berufen können .[...] Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß sie sich an diesem Tage der Forderung widersetzen könnten, diese Frage im Einvernehmen mit Ungarn und durch Befragung des Volkes zu lösen. Und vergeblich dringen von jenseits der Genzen Stimmen zu uns herüber, die da sagen, daß an den Grenzen des Burgenlandes ein Volk von siebzig Millionen Wache hält.[40]

Während nun in Österreich die Neue Freie Presse dieser Erklärung mit Bestürzung eine grundsätzliche Wende in der ungarischen Außenpolitik zu entnehmen glaubte,[41] meinte die „Burgenländische Freiheit" unter dem Titel „Wir Burgenländer - einer Meinung mit Graf Bethlen!" frech: „Ödenburg ist ganz auf den Hund gekommen. Da Ungarn nicht Republik ist, das Volk also dort nichts zu reden hat, wird Ödenburg auch nicht geholfen. Irgendetwas mußte der Ministerpräsident aber doch bringen. So brachte er halt den Ödenburgern zu den leeren Mägen und zu den ausgefransten Hosen eine schöne patriotische Rede"

Zur von Bethlen vorgeschlagenen einvernehmlichen Volksabstimmung im Burgenland hieß es weiter: „Nichts kann [...] uns Burgenländern willkommener sein als die Absicht, daß die künftige Grenze gegen Ungarn durch Volksabstimmung festgesetzt werden soll. Natürlich eine reine, anständige Volksabstimmung mit gleichem und geheimen Stimmrecht, ehrlichen Listen und genauer Kontrolle. Natürlich auch eine Abstimmung, die beiderseits der heutigen Grenze stattfindet. Es wäre ja eine schreiende Ungerechtigkeit, daß Ungarisch-Altenburg, Ödenburg, Güns und St. Gotthard unerlöst im ungari-

---

40 Zitiert nach: Pester Lloyd 15. 10. 1928, Abendblatt.

41 „Der ungarische Ministerpräsident hat in einer anderen Rede die stärkste Warnung dagegen erhoben, daß man eine Politik ins Blaue hinein machen soll, ohne die festen Grundlagen des Realismus. Der Stoß gegen Österreich muß als solche Verirrung betrachtet werden. Die tragische Isolierung eines besiegten Landes darf nicht bedeuten, daß man über elementare Rücksichten hinweggeht. Traurige und böse Zeiten" Neue Freie Presse 19. 10. 1928, Morgenblatt.

schen Kerker schmachten sollen, wenn sich das Burgenland mit dem übrigen Österreich an Großdeutschland anschließt.[42]

Jedoch auch im Wiener Parlament hatte die Rede - fast notgedrungen bereits vier Tage später ein Nachspiel. In Beantwortung einer dringenden Anfrage der Sozialdemokraten stellte nun Seipel gezwungenermaßen fest: „Die burgenländische Frage [...] ist nicht eine Frage um die künftige Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Ungarn oder zu uns, sondern eine Frage des Grades der Beruhigung oder Beunruhigung, die im Burgenlande durch irgendwelche Äußerungen von jenseits der Grenze hervorgerufen werden können. [...] Ich will gar nicht die Frage der burgenländischen Grenzen neu aufrollen und gar nicht eine irgendwie agressive Äußerung tun, aber feststellen muß ich, daß, wenn die Ungarn auf Grund alter Rechte die Wiederherstellung der ungarischen Grenze entgegen den Gesetzen des Selbstbestimmungsrechtes verlangen, wir auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes auch andere Grenzen im Osten des Burgenlandes wünschen. [...] Man wird wohl sagen können, daß die natürliche Nachbarschaft und die alte historische Freundschaft, die wir zwischen Deutschen und Magyaren in der Vergangenheit gehabt haben, für die Zukunft besser gewahrt wäre, wenn sich die Magyaren in Zukunft nicht auf den Standpunkt der Verteidigung der alten historischen Grenzen, sondern auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes und der natürlichen Gestaltung der Staatsgrenzen stellen würden. [...] Ich halte es nicht für zweckdienlich, in einer solchen Frage eine Diskussion in der Öffentlichkeit weiterzuspinnen. Ich begnüge mich daher auch in diesem Augenblick damit, neuerdings festzustellen, daß nicht nur ganz Österreich an seinen ihm gewordenen Rechten auf das Burgenland festhält und daß nicht nur das Burgenland auf sein Recht, zu Österreich zu gehören, nicht verzichten wird, sondern ich gebe bei dieser Gelegenheit auch erneut der Überzeugung Ausdruck, daß die Grenze des Burgenlandes gegen Ungarn und seine Zugehörigkeit zu Österreich in keiner Weise bedroht und gefährdet ist. [...] Ein Rütteln an der Grenze zwischen uns und Ungarn würde aber den Frieden Europas bedrohen“ [43]

Bethlen, der sich Mitte Dezember auf Durchreise in Wien aufhielt, traf auch kurz mit Kanzler Seipel zusammen und dankte ihm bei dieser Gelegenheit für die Art und Weise, wie dieser auf die Ödenburger Rede reagiert habe.[44] Er selbst sei gezwungen gewesen, in Ödenburg über die burgenländische Frage zu sprechen, die Taktlosigkeiten Loebes und Lesers hatten ihn zu der Rede veranlaßt. Bethlen bat Dr. Seipel dahingehend zu wirken, daß ähnliche Erklärungen künftighin nicht mehr abgegeben werden. Er halte es als im gemeinsamen Interesse gelegen, daß diese Frage ruhe, und gab das Versprechen, sie

---

42 Burgenländische Freiheit 18. 19. 1928.

43 Stenographisches Protokoll. 62. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, II. Gesetzgebungsperiode, 18. Oktober 1928.

44 GA Budapest Karton 1/25 719-13/1928, Wien 15. 12. 1928.

ohne Provokation nicht wieder zur Sprache zu bringen. Und auch Seipel versprach, sich in Hinkunft darum zu bemühen, daß ähnliche Vorfälle sich nicht wiederholten.[45]

Sowohl die österreichische als auch die ungarische Seite waren folglich bemüht gewesen, die Kette ungewollter Eskalation in der Burgenlandfrage abreißen zu lassen, besonders nachdem der Wirtschaftseinbruch des Jahres 1929 Österreich und Ungarn, die trotz einer gewissen Konsolidierung immer noch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpften, besonders hart traf. Die Diskussion um Möglichkeiten engerer wirtschaftlicher Kooperation zwischen beiden Staaten nahm in der Presse nicht nur immer breiteren Raum ein, sondern traf auch auf überwiegende Zustimmung.

Zusätzlich begünstigte die fortwährende Zurückdrängung der österreichischen Sozialdemokraten und schließlich die Beseitigung ihrer Machtpositionen die künftige Aussparung der Burgenlandfrage aus dem bilateralen Verhältnis - die eigenständige burgenländische Gangart wurde ab dem Februar 1934 der Doktrin eines engen Freundschaftsverhältnisses zwischen Österreich und Ungarn untergeordnet. Dadurch gelang es den Regierungen beider Länder, eine Eskalation wie in den Jahren 1927/28 künftighin zu vermeiden, zumal sich auch mit der Machtübernahme Hitlers die großdeutschen Sympathien auch auf sozialdemokratischer Seite merklich abgekühlt hatten. Der Ton offizieller Feierlichkeiten im Burgenland oder in den angrenzenden westungarischen Komitaten, die früher immer wieder Gelegenheit zu österreich- bzw ungarnfeindlichen Ausfällen geboten hatten, wurde nun zunnehmend freundlicher und versöhnlicher.

So berichtete etwa der ungarische Gesandte im Zusammenhang mit den Feiern zum zehnjährigen Bestehen des Burgenlandes 1931: Die österreichischen Pressestimmen seien recht zufriedenstellend, so seien bezüglich Sopron nur ein oder zwei ungarnkritische Artikel erschienen.[46] Der Sektionschef im österreichischen Außenministerium hätte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es sehr geholfen habe, daß im selben Jahr die Abstimmungsfeiern in Sopron unterblieben seien, er selbst habe auf einen Teil der in Eisenstadt gehaltenen Reden seinen Einfluß geltend gemacht und erreicht, daß nirgends ein Verweis auf Sopron vorkam. Der Gesandte schloß daran die Bitte, die Haydn-Gedenkfeiern in Eisenstadt (Nagymarton) im kommenden Jahr so zu planen, daß diplomatischer Schaden vermieden werden könne.

Vor allem in Ungarn fand jedoch der zunehmend kameradschaftliche Ton auf lokaler Ebene nicht immer seine Entsprechung. Einsame Stimmen, wie etwa die Ferdinand Urmanczys im „Pesti Hírlap" im August 1934, predigten auch weiterhin gegen ein stillschweigendes Aussparen des Burgenlandes aus den revisionistischen ungarischen Zielen nur der politischen Opportunität willen. Nach Klagen über das mangelnde Interesse der ungarischen Öffentlichkeit am Schicksal der ungarischen Minderheit im Burgenland meinte Urmanczy: „Es ist vielleicht überflüssig zu bemerken, daß dieses Schweigen und

45 GA Budapest Karton 2/20 132-13/1929, Wien 10. 1. 1929.

46 MOL-K 63-1931-20/7-4062, Wien 18. 9. 1931.

diese Gleichgültigkeit ein großer Fehler ist.[...] Man sagt, daß wir aus Wirtschaftsgründen weichen müssen. Unsere wirtschaftlichen Interessen fordern es, daß wir mit unserem österreichischen Nachbarn in Frieden leben. [...] Es ist eine Demütigung, das Verhältnis zu Österreich so einseitig zu sehen. Diese Einstellung ist eine übertriebene Höflichkeit, der jede Aufrichtigkeit fehlt" [47]

Man dürfe, so Urmanczy, die ungarische Minderheit im Burgenland auch dann nicht vergessen, wenn man aus utilitaristischen Gründen das Burgenland aus der Revision vorläufig ausschließe. Im Vergleich zu den Magyaren in den anderen Nachfolgestaaten fügten sich die burgenländischen Magyaren in ihr Schicksal, besäßen weder entsprechende Führer noch den nötigen Lebenswillen, würden nur im deutschen Geist erzogen und seien sogar zufrieden. Magyarische Kinder müßten aber gerettet werden. „Diese Arbeit muß Pflicht jener sein, die in der unmittelbaren Nachbarschaft des Burgenlandes leben. Die politischen und gesellschaftlichen Organisationen Transdanubiens, insbesondere aber des Eisenburger und des Ödenburger Komitats, müssen sich dieser Ungarn annehmen. Sodann auch die Hochschule von Ödenburg. Es müssen dort Hochschüler zu ungarischen Wandervögeln ausgebildet werden, wie es die Deutschen mit ihren Wandervögeln machen, die die schwäbischen Dörfer Ungarns überfluten" [47]

Zu Beginn der dreißiger Jahre kam es auch, der offeneren und offensiveren Gangart der ungarischen Außenpolitik in Sachen Revision durchaus entsprechend, zu einem neuen Aufleben irredentistischer Bekundungen und Aktionen auf der ungarischen Seite der Grenze, manchmal auch im Burgenland selbst.[48] So sammelte etwa 1932 eine größere Zahl ungarischer Emmissäre Unterschriften für eine Rückkehr des Burgenlandes an Ungarn, wobei angeblich auch Amtspersonen, Zollbeamte etwa unter Hinzufügung ihrer Amtsstampiglie, unterschrieben.[49]

So verwahrte sich noch im März 1933 der burgenländische Landtag in einem Beschluß gegen die sich verstärkende „Revisionspropaganda" und legte gegen jegliche Bestrebungen Verwahrung ein, die auf eine Wiedervereinigung des Burgenlandes mit Ungarn abzielten.[50] Nach dem Februar 1934 waren jedoch, wie aus den folgenden Pas-

---

47 Pesti Hírlap 15. 8. 1945, zitiert nach NPA Karton 799, Pressebericht vom 15. 8. 1934.

48 Auch Habsburger setzten sich dabei in Szene, wie etwa Erzherzog Joseph Franz mit der folgenden (offensichtlich etwas improvisierten) Rede 1932 anläßlich der Feiern zum 15. März in Köszeg: „Nicht nur wir feiern diesen Tag, sondern auch dort drüben wird derselbe in Kirchen gefeiert; denn der 15. März schließt auch die abgetrennten Seelen zusammen. Der 15. März wird die richtige Auferstehung sein. An einem solchen Tag wird ein Feuer ausbrechen, das man vergebens löschen wird. Einen solchen 15. März will ich! Nicht nur heute schauen sie (die Burgenländer, d. Verf.) herüber, sondern all die 10 Jahre beobachten sie uns. Wir dürfen sie nicht vergessen. Wenn die abgetrennten Gebiete durch die Revision des Friedensvertrages wieder zurückkommen, müssen wir alles Trennende vergessen. Unser Ziel ist: Herstellung der inneren Ordnung und Rückgewinnung der alten Grenzen; dann, so hoffe ich, wird diese schöne Grenzstadt nicht mehr lange Grenzstadt sein" Zitiert nach: NPA Karton 799/21.691-13/1932, Eisenstadt 31. 3. 1932.

49 NPA Karton 799/ -13/1932, Eisenstadt 25. 8. 1932.

50 Wiener Zeitung 25. 3. 1933.

sagen aus der Antrittsrede des neuen Landeshauptmanns Sylvester vom November 1934 deutlich wird, den Politikern des Burgenlandes die Hände zu einem derartig offensiven Vorgehen bereits gebunden: „Das burgenländische Volk denkt mit dem Gefühle der Dankbarkeit an die Vergangenheit und ist gerne bereit, die innige Freundschaft, die in jahrhundertelanger, staatlicher Verbundenheit zwischen Burgenländern und der ungarischen Nation bestanden hat, weiter zu hegen und zu pflegen. Die Burgenländer freuen sich daher auch, daß gerade in der letzten Zeit die Führer der österreichischen Erneuerungsbewegung bestrebt sind, mit dem ungarischen Volk die Bande der Freundschaft zu vertiefen und auch die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zu verstärken. Aber die Jahre der Einbindung des Burgenlandes mit dem österreichischen Mutterland haben genügt, bei den Burgenländern ohne Ausnahme, ohne Unterschied der Konfession und der nationalen Zugehörigkeit eine tiefe Vaterlandsliebe und eine solche Anhänglichkeit für Österreich zu erzeugen, daß diese innere Zuneigung durch keinerlei Einwirkungen mehr gestört werden kann".[51]

Diese oktruierte Versöhnlichkeit änderte jedoch nichts an der Tatsache, daß die burgenländischen Behörden ein unverändert hartes Vorgehen gegenüber ungarnfreundlichen Bekundungen an den Tag legten, sodaß sich auf alltäglicher Ebene bis ins Jahr 1938 genügend Gelegenheit geboten hätte, vor dem Hintergrund der weiterhin existierenden Nervosität die Burgenlandfrage, ob von österreichischer oder ungarischer Seite, im Bedarfsfall neu zu aktualisieren.

So zum Beispiel 1933, als die deutschsprachige (und im Burgenland vielgelesene) „Ödenburger Zeitung" einen Artikel des „Soproni Hírlap" über die Eindeutschung burgenländischer Ortsnamen in Übersetzung übernahm („das Burgenland sei in Wirklichkeit nur geraubtes Gebiet und sei Ungarn widerrechtlich weggenommen worden, [... dies] könne nur ein vorübergehender Zustand sein").[52] Die Staatsanwaltschaft verfügt daraufhin die Beschlagnahme aller nach Österreich ausgelieferten Exemplare der „Ödenburger Zeitung" Zur in dieser Frage angesetzten Hauptverhandlung in Eisenstadt erschien jedoch auch unerwartet der Chefredakteur aus Sopron, um, wie er sagte, die Angelegenheit persönlich zu bereinigen. Er wurde jedoch noch im Sitzungssaal verhaftet.[53]

Überging hier die ungarische Öffentlichkeit noch weitgehend den Vorfall, so war die Absage einer bereits bewilligten ungarischen Liszt Gedenkfeier in Raiding (Doborján) im August 1936 durch die burgenländischen Gesundheitsbehörden (wegen einer, wie es hieß, im angrenzenden ungarischen Grenzgebiet grassierenden Kinderlähmungsepidemie)[54] von heftigen Ausfällen der ungarischen Presse begleitet. „Die Bundesregie-

---

51 GA Budapest, Karton 3, 12. 11. 1934.

52 Burgenländische Freiheit 7. 4. 1933

53 Burgenländische Freiheit 7. 4. 1933.

54 GA Budapest Karton 47/1277-7, 14 7. 1936

rung [habe] die ungarische Lisztfeier aus „nichtigen" Gründen verhindert [...], da es ihr „unangenehm" sei, wenn im „usurpierten Doborján" unter der „lügenhaften Tafel" an Liszts Geburtshaus „die Stimme der Wahrheit", nämlich daß Franz Liszt ein Ungar gewesen sei, laut werde. [...] „Heute mag die Wallfahrt [...] noch unerwünscht sein, doch glauben wir [...], daß die Zeit kommen wird, vielleicht sehr bald, daß wir auch ohne Erlaubnis nach Doborján pilgern können" Abgesehen von dieser konkreten Frage sind die erwähnten Artikel in einem Ton gehalten, der an frühere ungezügelte irredentistische Hetzpropaganda gegen das Burgenland erinnert", berichtete der österreichische Geschäftsträger dazu aus Budapest.[55]

Es wäre natürlich verfehlt, den Eindruck entstehen zu lassen, „irredentistische", oder besser: revisionistische Pressestimmen oder Aktionen hätten sich in den 30er Jahren auch nur annähernd in realistischen politischen Dimensionen bewegt.

Wie irreal diese Hoffnungen im Bezug auf das Burgenland schließlich waren, zeigte sich spätestens nach dem Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland. In Reaktion auf die halboffiziellen Schritte Ungarns, zumindest eine Grenzrektifikation zu erwirken, erklärte Hitler bereits im April, er betrachte die ungarisch-deutsche Grenze als endgültig, selbst vom völkischen Gesichtspunkt aus könne von einer Revision keine Rede sein (denn die ungarische Minderheit lebe verstreut), bei einer Gebietsrevision unter diesem Vorzeichen würde Ungarn eher Gebiete verlieren als gewinnen.[56]

Dennoch soll gegen Ende dieses Beitrages noch einmal die Ausgangsfrage aufgegriffen werden: das Burgenland - ein Faktor in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1921 bis 1938? Die Antwort ist keine so eindeutige, wie sie aus dem Blickwinkel internationaler Politik her scheinen mag. Die in der Zwischenkriegszeit herrschenden realpolitischen Gegebenheiten bedingten zwar, daß Österreich und Ungarn durchaus versuchten, die Frage - undiskutiert - im Raum stehen zu lassen und erst durch die Eskalation in den Jahren 1927 und 1928 zu einer gewissen, ungewollten Offenlegung der divergierenden Standpunkte gezwungen wurden.

Diese Tatsache darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das in der Burgenlandfrage steckende Konfliktpotential durch die Tätigkeit der westungarischen und der burgenländischen Revisionismusbewegung im Verborgenen oder auch halbverdeckt weiterhin schlummerte und bei einer wesentlichen Änderung der außen- oder auch innenpolitischen Rahmenbedingungen eines der beiden Staaten in letzter Konsequenz durchaus zur Entzweiung und zu einem neuen, „heißen" Konflikt um das Burgenland hätte führen können.

---

55 Bericht des österreichischen Botschafters. Zitiert wird das „Sopronvármegye" vom 29. 7. 1936. GA Budapest Karton 47/41.241 - 13, 18. 8. 1936.

56 *Adám* Magda, *Juhász* Gyula, *Kerekes* Lajos, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944), Budapest 1966, 25. f.

© Landesmuseum für Burgenland, download unter www.biologiezentrum.at

Quellen

Österreichisches Staatsarchiv Wien, Archiv der Republik:
Neues Politisches Archiv, Länderliassen Ungarn (NPA)
Gesandtschaftsarchiv Budapest (GA Budapest)

Magyar Országos Levétlár Budapest
K 63 (Außenministerium, politische Akten. MOL -K 63)
K 64 (Außenministerium, politische Akten, geheim. MOL -K 64)
K 66 (Außenministerium, Kultur- und Presseabteilung)
K 428 (Außenministerium, Pressearchiv, Argenturmeldungen der MTI. MOL-K 428)
K 608 (Außenministerium, Pressearchiv, Zeitungsartikel nach Ländern geordnet)

Bibliographie

Adám Magda (Hg.), Magyarország külpolitikája 1938 - 1939 (Die Außenpolitik Ungarns 1938-1939], Budapest 1970. = Diplomáciai iratok Magyarorsrzág külpolitikájához 1936- 1945, 3.

Adám Magda, *Juhász* Gyula, *Kerekes* Lajos, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944), Budapest 1966.

Adám Magda (Hg.), A müncheni egyezmény létrejötte és Magyarorsrzág külpolitikájá 1936-1938 [Das Zustandekommen des Münchener Abkommens und die Außenpolitik Ungarns 1936-1938], Budapest 1965.

Aull Otto, Die politischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn, in ihrer Auswirkung auf das Burgenland, Eisenstadt 1930.

Bellér Béla, Az osztrák-magyar viszony és a burgenlandi kérdés [Das österreichisch-ungarische Verhältnis und die Burgenlandfrage] (1927-1929). In: Századok 1985/1, 42-96

Bellér Béla, Az ostrák-magyar viszony és a burgenlandi kérdés [Das österreichisch-ungarische Verhältnis und die Burgenlandfrage] (1927-1928). In: Soproni Szemle 1983/1, 17-37.

Bellér Béla, Az ostrák-magyar viszony és a burgenlandi kérdés [Das österreichisch-ungarische Verhältnis und die Burgenlandfrage] (1922-1926). In: Soproni Szemle 1975/3, 232-243.

Burgenland. In: Magyar Kisebbség 1925, 98-193.

Deák Ernö, Ausztria, Burgenland, a magyar helyzete a századfordulótól napjainkig [Österreich, Burgenland, die Situation des Ungarn von der Jahrhundertwende bis in unsere Tage] In: Katholikus Szemle 1973, 254-265.

Dollinger Georg, Ungarns Außenpolitik 1933-38 und der Anschluß Österreichs, Wien 1982 (Diplomarbeit).

Duschanek Michael, Das Schicksal der ostburgenländischen Gemeinden seit 1921 im ungarischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Staatsverband, Wien 1984 (Dissertation).

Eberhardt Martha, Das Burgenland in der Österreichischen Presse („Arbeiterzeitung“

Eitler P., Die Minderheiten im Burgenland, o. O.1931.
©Biologiezentrum Burgenland; www.biologiezentrum.at
Fogarassy László, Határmenti események Burgenland megalakulásától az új határvonal megalapításáig (1921 november - 1923 március) [Grenzzwischenfälle von der Entstehung des Burgenlandes bis zur Festlegung der neuen Grenzlinie (November 1921 - März 1923)]. In: Soproni Szemle 1975/2, 139-157.

Gagyi Jenö, A földbirtokreform a megszállt magyar területen [Die Bodenreform in den besetzten ungarischen Gebieten], Budapest 1929.

Gastony Endre Béla, Revisionist Hungarian foreign Policy and the Third Reich's advance to the east 1933- 1939, Eugene 1970

Graf J., Westungarische Grenzgebiete, Wien 1926.

Haselsteiner Horst, Ungarn, der Anschluß und die Burgenlandfrage. In: Burgenland 1938. (Burgenländische Forschungen 73), Eisenstadt 1989, 13-34.

Heidrich Charlotte, Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918-1933).In: Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 4.

Hollós Jozsef, Nyugatmagyarország. Emlékezés [Westungarn. Erinnerungen], Sopron 1929.

Juhász Gyula, Magyarország külpolitikája [Die Außenpolitik Ungarns] 1919-1945, Budapest 1988 <3>.

Jürgen Hans, Das Burgenland, Graz 1928.

Kopossy Janos, Burgenland, Budapest 1930.

Karsai Elek, A magyar ellenforradalmi rendszer külpolitikája. 1927. január 1 1931. augusztus 24. [Die Außenpolitik des ungarischen gegenrevolutionären Systems 1. Jänner 1927 - 24. August 1931], Budapest 1967.= Iratok az ellenforradalmi rendszer történetéhez 1919- 1945, 4.

Karsai Elek, Iratok a Gömbös-Hitler-találkozó történetehez [Akten zur Geschichte des Treffens Hitler-Gömbös], Budapest 1962.

Kerekes Lajos, Anschluß 1938. Ausztria és a nemzetközi diplomácia [Anschluß 1938. Österreich und die internationale Politik] 1933- 1938, Budapest 1963.

Kerekes Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien/Frankfurt a. M/Zürich 1966.

Kerekes Lajos, Von St. Germain bis Genf. Österreich und seine Nachbarn. 1910-1922, Wien/Köln/Graz 1979.

Kertész János, Burgenland bibliográfiája [Die Bibliographie des Burgenlandes]. In: Magyar Kisebbség 1934, 383-391.

Késmárky György, Trianoni kisebbségek [Trianoner Minderheiten]. In: Magyar Szemle 1928, 199-213.

Kis Aladár, Magyarország külpolitikája a második világháború elöestéjén [Die Außenpolitik Ungarns am Vorabend des Zweiten Weltkrieges], Budapest 1963.

Kokas Miklós, Az ausztriai magyarok [Die österreichischen Magyaren]. In: Lathatár 1936, 159-160.

König Friedrich, Deutschland, Österreich, Ungarn und das Burgenland, Graz 1927.

König Friedrich, Burgenland und Elsaß, Graz 1929.

Kubiniy Elek, A burgenlandi németek [Die Burgenländer Deutschen]. In: Magyar Szemle 1928, 251-256.

Lukas A György, Die burgenländische Frage. In: Geographischer Anzeiger 1930/1.
Miltschinsky V., Das Verbrechen an Ödenburg, Wien 1922
Nagy Ivan, Nyugatmagyarország Ausztriában [Westungarn innerhalb Österreichs], Lugos 1931, Budapest 1932 <1>, Pécs 1937 <2>.
Nemes Dezsö, A Bethlen-kormány külpolitikája 1927-1931-ben. Az „aktív külpolitika" kifejlödése és kudarca [Die Außenpolitik der Regierung Bethlen 1927-1931. Die Entwicklung und das Scheitern der „aktiven Außenpolitik" , Budapest 1964
Pritz Pál, Magyarország külpolitikája Gömbös Gyula miniszterelnöksége idején 1932-1946 [Die Außenpolitik Ungarns unter Ministerpräsident Gyula Gömbös], Budapest 1982.
Ránki György, A romai hármas egyezmény és a nemet külpolitika [Die Römischen Protokolle und die deutsche Außenpolitik]. In: Századok 1961/4 -5.
Schlag Gerald, Die Genzziehung Österreich-Ungarn 1922/23. In: Burgenland in seiner pannonischen Umwelt. Festgabe für August Ernst, Eisenstadt 1984, 333-346.
Schmidt-Wulffen Wulf, Das Burgenland und die deutsche Politik 1918-1921. In: Österreichische Osthefte 1969, 270-287.
Szinai Miklós, Ungarn und der Anschluß (1918-1938). In: Österreichische Osthefte 1988/2, 168-177.
Szinai Miklós, Ausztria és Magyarország, 1918-1938 [Österreich und Ungarn, 1918-1938]. In: Histórias 1987/4, 23-25.
Szinai Miklós, Horthy und die Heimwehr. Österreichisch-ungarische Beziehungen zur Zeit der ersten Republik. In: Pannonia 1980/4, 23-25.
Thewrewk-Pallaghy Attila, Osztrák-magyar sorskozösség [Österreichisch-ungarische Schicksalsgemeinschaft], Budapest 1934
Thirring Gustav (Hg.), Sopron. Civitas fidelissima, Sopron 1925.
Thirring Gustav , A soproni idegenforgalmi statisztika és a város idegenforgalma, Budapest 1937.
Tilkovsky Loránt, Die österreichische Haltung zur Nationalitätenpolitik Ungarns in der Zwischenkriegszeit. In: Österreichische Osthefte 1981/2, 164-178.
Timár István, A szentgotthardi fegyvercsempészési botrány [Der Waffenschmuggelskandal von Szentgotthard]. In: Vasi Szemle 1988/2, 269-285.
Traeger Ernö, Az el szsakított nyugati részek [Die abgetrennten westlichen Teile]. In: Magyar Szemle 1928, 178- 184.
Ujlaki Miklós, A magyar jog sorsa az Ausztriahoz és Lengyelországhoz csatolt területen [Das Schicksal des ungarischen Rechtes in den an Polen und Österreich angeschlossenen Gebieten], Budapest 1932.
Wallner Ernö, A burgenlandi kérdés [Die burgenländische Frage]. In: Földrajzi Közlemének 1930, 145-150.
Zsiga Tibor, Burgenland vagy Nyugat-Magyarország. Kísérlet a status quo megváltoztatására 1922-ben [Burgenland oder Westungarn. Ein Versuch zur Änderung des Status quo 1922]. In: Vasi Szemle 1989/2, 240-257.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland

Jahr/Year: 1996

Band/Volume: 095

Autor(en)/Author(s): Haslinger Peter

Artikel/Article: Das Burgenland - ein Faktor in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1921-1938? 99-119